

# Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint am jedem Montag bis Samstag, den monatlichen Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabezeiten ohne Belegkarte 1/20 Halbes, durch die Post 1/25 Halbes und 40 Halbespreis für den Postweg. Druck der Halle'schen Nachrichten: John Ullrich Verlag.

Die Ausgaben werden nach Kaiserlich-Preisen berechnet. Die Zeitungen des Auslandes, die in Halle gedruckt werden, sind durch die Post zu beziehen. Druck der Halle'schen Nachrichten: John Ullrich Verlag.

## Neues in Kürze.

### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Gestern wurde das Hamburger Institut für auswärtige Politik in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Senats, der Bürgerliste, der Arbeiterpartei, der Unionspartei und der Kaufmannschaft eröffnet. Legationsrat Kurat sprach im Namen des Auswärtigen Amtes. Reichsanwalt Dr. Cuno wies auf die Aufgabe des Instituts hin, durch sorgfältige Forschung der politischen Führung die Weisheit zu erleichtern.

Diese Hamburger vielgelesenen weltkundigen Leute haben die Sache richtig angefaßt: wenn nicht von privater Seite und außerhalb Berlins dafür gearbeitet wird, dann in auswärtiger Politik etwas sachverständiger und zweckmäßiger gearbeitet wird, werden wir nie die Außenpolitik bekommen, die wir brauchen.

Der Deutsche Evangelische Kirchenrat, das amtliche Vertretungsorgan der in Deutsch-Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen, tritt, wie der evangelische Kirchenrat, zum ersten Male in seiner verfassungsmäßigen Zusammenkunft am 19. Dezember in Berlin zusammen.

Die Schlichterarbeiten im Ruhrgebiet wurden durch folgenden Schlichterspruch der Schlichterkommission beigelegt: 1. Der Tarifschlichter des Ruhrgebietes wird vom 1. Dezember 1924 an auf 6,10 Mark erhöht; 2. die übrigen Löhne der Ruhrindustrie werden sich entsprechend. Im übrigen bleibt die Lohnordnung unverändert. Erlassungsdatum: 20. November 1924. Das bedeutet eine Lohnerhöhung um 8,9 Prozent.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, haben der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Metallindustrie und der Auswärtigen Beziehungen des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Metallindustrie, sowie der Reichsverband der Eisen- und Metallindustrie, gegen eine Herabsetzung des Kohlenpreises Einspruch erhoben.

Die neue Lohnregelung der Reichsverwaltung ist jetzt dadurch abgeschlossen, daß auch den Reichsarbeitern der Bezug der erhöhten Löhne mit rückwirkender Kraft vom 16. November ab angewandt worden ist, wie dies bisher schon bei den Lohnempfängern der Reichsverwaltung und bei den Beschäftigten der Angehörigen der Reichsverwaltung war.

Am anhaltischen Landtag wurden die Abgeordneten Deitl (Soz.), Ministerialdirektor Weber (Dem.) und Ministerialdirektor Müller zu Staatsministern gewählt. Ein Antrag der Rechten, nur einen Minister zu wählen, fand keine Unterstützung.

Eine vorkparteiliche Versammlung in Gera am Montag, 24. November, wurde mit einem Hoch auf das Vaterland geschlossen. Die Angehörigen des stark in Uniform vertretenen Reichsamtes Schwarz-Rot-Gold führten Huld, „Hoch“ „Weber“ und stimmten die Internationale an.

Nach der Übernahme der Regie durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat die Rheinland-Kommission gegen den Dienstvertritt von den Mitgliedern der Reichsbahnleitung Ludwigshafen am Rhein Einspruch erhoben. Die zur Befestigung des Einpruchs gefassten Beschlüsse sind gescheitert. — So sollen die Mitglieder in London vereinbarte Wiederherstellung der deutschen Vertretungsbefugnisse auf Wirtschaft, ihre „Verpflichtung“ ist geradezu bedrückend.

Zur Unterbindung von Bekleidungsgruppen verlangt die französische Behörde von der Stadt Weiden die Nennung des gesamten nördlichen Schulgebäudes in zwei und die Nennung der drei Lehrerwohnungen in acht Tagen. Die Stabtruppenunterkunft wird vom Reichs-Gewerbetreibenden zur Errichtung von Neubauten anfordern.

Man sieht, wie energisch die Franzosen aus sind auf Veränderung, nämlich Veränderung mit dem deutschen Gebelbeut.

Der Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften in Chicago sprach sich gegen die Bildung einer Arbeiterpartei aus, da sonst die bisherige unparteiliche Gewerkschaftspolitik beeinträchtigt würde. Unparteiliche Gewerkschaftspolitik? Bei uns in Deutschland greifen sich die sozialistischen Arbeiter an den Kopf; ist es überhaupt denkbar, daß man so etwas macht, und die „Bildung einer Arbeiterpartei“ ablehnt? Aber merkwürdig: die amerikanischen Arbeiter gehen es ohne Arbeiterpartei und ohne parteiliche Gewerkschaftspolitik glänzend, und unsere Arbeiter gehen es traurig. Die amerikanische Gewerkschaftspolitik scheint also doch besser zu sein.

Der „Matin“ veröffentlicht eine halbamtliche Note, in der mitgeteilt wird, daß die französische Regierung das Genfer Protokoll unmittelbar nach Beendigung der Aussprache über das Budget dem Parlament zur Ratifizierung unterbreiten werde. Die französische Regierung wird diesen Schritt nicht tun, wenn Großbritannien nicht explizit die Ratifizierung des Protokolls verspricht.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

„Journal Industriel“ veröffentlicht eine Unterredung mit Loucheur, in der der frühere Handelsminister betonte: Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen müßten zu einem raschen Abschluß gebracht werden. Die Lage für die Franzosen ist sehr klar. Deutschland verlangt mit Recht, daß die Eisenbahnverwaltung seiner Industrie befähigt werde. Dasselbe Recht steht natürlich auch Frankreich zu. Auf die Frage, welche Ziele die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen verfolgen, erwidert Loucheur, es handele sich um die Verwirklichung des Staates, die in den Wirtschaftsverhandlungen beider Länder eine große Rolle spielen und zu politischen Auseinandersetzungen führen können. Er halte es für einen Fehler, wenn man die Frage der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland unter der Lupe behandle. Die Verhandlungen müßten in Anwesenheit aller interessierten Mächte erfolgen. Er glaube nicht, daß die Beziehungen über Stahl und Kohle ohne die Beteiligung Englands und Belgiens fortgesetzt werden könnten.

Herr Loucheur, dem es dabei darauf ankommt, nur ja mit England nicht in Uneinigkeit zu kommen und der zugleich für die deutschen Bahnen ein klein wenig gegen die deutsche Schiene lobbyt, betonte, daß ein „Einigkeit“ notwendig sei, das es nämlich durchaus nicht nur um Stahl und Eisen, sondern um all die französischen Erzeugnisse und um die eisernen Zertifikate, eisernen Wein usw. geht, um die Zögen der Reparationsabgabe usw. und um die Unmöglichkeit

feil für uns, die Wirtschaftsverhandlungen des Londoner Abkommens aufzubringen wenn wir zu nachgiebig in den Handelsvertragsverhandlungen sind. Aber das will er ja gerade, der leuchtende Herr Loucheur; wir sollen Zugeländnisse machen, damit das Londoner Abkommen unerfüllbar wird und Frankreich Saar und Rhein behalten und seine „Santionen“ ergreifen kann. Wachen wir keine Zugeländnisse, um die Zahlungen aus dem Londoner Abkommen leisten zu können, dann spreit Frankreich: „Nöje“ für die Zeitgenossen und machen wir Zugeländnisse, dann in folge dessen die Reparationen nicht zahlen, dann lächelt er er recht: „Nöje Will“.

Das Ganze nennt sie dann „Veröhnungspolitik“ und andere „Politiker“ glauben daran. Wirklich, ausgezeichnete Politiker und Wähler unserer deutschen Lebensinteressen sind das: Sie treiben uns schmerzlichen Weges in immer wachsende Not und damit in neue „Santionen“ von außen und in neue „Revolutionen“ im Innern hinein. Wenn wir das nicht haben wollen, dann fort mit solchen „Politikern“!

Der Generalsekretär für Reparationsabgaben, Karl Gierst, der gestern in Paris eintraf, hat sofort mit verschiedenen Beamten der Reichsregierung gehandelt und heute der Reichskommission erwidert. Er wird sich ferner, wie der „Matin“ meldet, mit dem maßgebenden französischen Vertretungsmitglied über die Frage der zögenen Ausfuhrabgabe unterhalten.

## Gilbert in Paris.

Der Generalsekretär für Reparationsabgaben, Karl Gierst, der gestern in Paris eintraf, hat sofort mit verschiedenen Beamten der Reichsregierung gehandelt und heute der Reichskommission erwidert. Er wird sich ferner, wie der „Matin“ meldet, mit dem maßgebenden französischen Vertretungsmitglied über die Frage der zögenen Ausfuhrabgabe unterhalten.

Kathulus lehnt eine Begnadigung ab und besteht auf Revision seines Projektes. In französischer amtlicher Stelle wartet man eine Bestätigung dieser Mitteilung ab, die die Dinge, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, außerordentlich komplizieren kann. „Außerordentlich komplizieren“ würde die Ablehnung der Begnadigung. Und damit die Dinge nicht „außerordentlich kompliziert“ werden, soll ein deutscher Ehrenmann und eine weitläufige deutsche Familie mit dem Antritt herankommen, ein gemeinsamer Versuch zu sein, der eigentlich ins Gefängnis gehörte? Und das deutsche Volk soll, um die Dinge nicht „außerordentlich zu komplizieren“, das Schandurteil ruhig hinnehmen, das einen Hohn auf jede Gerechtigkeit und auf die ganze deutsche Verfassungskraft ist, ja auf die primitivsten Menschenrechte jedes einzelnen Deutschen (in seinem Wort); das eine Genegalisierung aller Deutschen ist? Aber freilich, als Lump wird behandelt, wie sich als Lump behandeln läßt, und jedes Volk hat die Herrscher — ob eigene, ob fremde — die es verurteilt, wenn wir es so haben wollen, eine deutsche Regierung, die sich das bieten läßt, und eine französische Oberregierung, die uns das bietet, dann ist ja alles in Ordnung, und es wird die wunderbare „Verständigung“ mit Frankreich auch durchgehen, nicht „komplizieren“, wenn die weitere der deutschen „Kriegsverbrecher“ auch noch verurteilt werden, deren Verbrechen, wie jetzt bekannt wird, in Frankreich noch bevorstehen!

Wenn es so weiter geht mit uns, wird die Zeit kommen, wo unsere Kinder sich von uns loslagern, weil sie sich können werden.

„Ist es denn schick zu haben.“ Aber muß es denn sein, daß wir es dahin kommen lassen? Der 7. Dezember gibt die Antwort.

Der Pariser „Antirassengau“ meldet, daß Kriegsgeminnler „Kollat“ wegen Vermögensverflechtung mit Heriot der Frage der Begnadigung des Generals v. Nathusius, von seinem Vorgesetzten zurückgetrieben sei. Nachmittags veröffentlicht das Kriegsministerium die amtliche Erklärung, daß alle Gerüchte vom Rücktritt Tollet sich frei erweisen seien.

## Die Kräfte in Ägypten.

Der Pariser „Temps“ erzählt aus Kairo, daß der neue ägyptische Ministerpräsident, Amer Wahab, für den Fall, daß er vom Parlament kein Vertrauensvotum erlangt, dem König die Vertagung und eventuell sogar die Auflösung der Kammer vorschlagen wird. Gestern abend verurteilte in Kairo, daß die Regierung beschließen habe, das Parlament während eines Monats in Ferien zu schicken, um sich in aller Ruhe der Lösung des anglo-ägyptischen Konfliktes widmen zu können. Die Kabinettsmitglieder haben heute früh Jaghul Bolaha besucht und mit ihm die Lage eingehend beraten. Der Ministerpräsident wird dem Parlament das Regierungsprogramm im Laufe des heutigen Abends unterbreiten.

Aus Tripolis wird gemeldet, daß am 23. Nov. die italienischen Truppen Sirte in Tripolis, das 1918 hatte aufgehoben werden müssen, genommen und die hiesigen Sirte sitzenden Aufständischen geschlagen haben.

## Das ägyptische Problem.

Auf Ägypten legen die Engländer fest mit aller Brutalität und Macht die Hand, denn es ist für sie eine ganz außerordentliche Bedeutung. Mit Gibraltar und Malta ist es der Schlüssel des Meeres nach Indien (Suezkanal). Es bildet den Schlüssel des mächtigen österrheinischen Kolonialreiches von Kas bis zum Mittelmeer. Es ist eine hervorragende Kohlenquelle für die englische Baumwollindustrie.

Zur Wirtschaftsgeschichte Ägyptens. Die Einteilung des Nillandes erstreckt drei Viertel. Das eigentliche Ägypten erstreckt sich von der Mündung bis zum I. Katarakt südlich hinan. Es dehnt sich bis zum Mittelmeer aus. Es ist das große Getreideland des Mittelmeeres. Es ist dort bevölkert (400 Millionen auf 1 Quadratkilometer). Auf englisches Verlangen wurde 1882 die Verwaltung des Landes an die Engländer übergeben. Die von der reichen Staatskasse der Ägypten aus, die bis etwa 1890 das meiste Ägyptenbildete.

Daran schließt sich der englisch-ägyptische Sudan an, ein weites durch seinen Wohlstand berühmtes Gebiet, das durch eine Bahn mit Ostafrikaner Port Sudan und Suakin am Roten Meer verbunden und nördlich von Unterägypten unabhängig ist. Weitere Bahnhäfen sind im Bau durch die Verstaatlichungen im Sudan (Sudant) ist ganz Ägypten vom Sudan abhängig.

## Die Erneuerung des Landes.

Ägypten stand unter der Herrschaft eines von der Türkei abhängigen Khediven. 1879 kaufte der englische konservative Premierminister Disraeli bei der Festschließung des Suezkanals die Ägypten an. Das Land kam unter eine englisch-französische Finanzkontrolle. 1882 benutzte England den großen Aufstand unter Ahmed Arabi gegen die Fremdherrschaft als willkommenen Anlaß zur militärischen Besetzung des Landes. 1896-1898 wurde der Mahdi-Aufstand zur Erneuerung des Sudans beendet. 1904 veränderte Frankreich im Entschiedenem die Ägypten an Ägypten. Durch den Weltkrieg hat seit 1914 der Einfluß einer von Deutschland gestützten Türkei ein Ende.

England schaffte als erstes in den vor dem Weltkrieg lebenden Lande Ordnung. Unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit des Landes regierte England die ägyptischen Ministerien, die „Wirtschaft“, die „Ägyptische“ Verwaltung. Im Sudan wechelte ägyptische und englische Ägypten nebeneinander, d. h. der englische Oberbehörden des Sudans, der zugleich Sirer der ägyptischen Ägypten ist, bestimmt und leitet die Beziehungen zum Sudan. Die Einkünfte des Landes benutzt England zur Militärverwaltung, Bewässerung, Baumwollbau, Söldnerdienst.

England schaffte seit 1918 Ägyptens vollständig über. Der französische (1904) und türkische Einfluß (1914) existieren nicht mehr. Ägypten ist durch den Oberlauf des Nils (Sudan), durch die militärische Sicherung des Suezkanals, durch fast ausschließlich Baumwollbau, der es von englischer Getreide abhängig macht und nach dem Kriege noch durch die beiden großen, nach dem Kriege noch durch die beiden Hebel, ganz fast in englischen Klammern. Das Land ist so eng an England gebunden, daß man meint, das Problem der ägyptischen nationalen Bewegung durch

## Die Unabhängigkeitserklärung Ägyptens 1922

geht zu haben. England des Staates steht jetzt König Fuad und ihm zur Seite bis zu dem Alter auf den Sirir, der einer 70jährige Premierminister Jaghul Bolaha, die seit 1918 der ägyptischen Ägypten ist, der ägyptischen Nationalbewegung. Die große Mehrheit der ägyptischen Nationalversammlung steht ihm unbedingt zur Seite.

Der europäische Völker meint das Land jetzt selbst regieren zu können. Sie forderte Jaghul in London vor Macdonald die Anerkennung der ägyptischen Souveränität im Sudan und den Rückzug der zum Sudan des Suezkanals bestimmten englischen Truppen. Eine klare ägyptische Nationalbewegung. Die große Mehrheit der ägyptischen Nationalversammlung steht ihm unbedingt zur Seite.

## Die Erneuerung des Sirir

Es wird die willkommene Anlaß. An sich würde diese Unannehmlichkeit mit der Entbindung der ägyptischen Regierung, eine strenge Verfolgung der Wähler, die die ägyptische Regierung treiben möchte. Demonstrationen und Zahlung einer Entlunne (Punkt 1-4 des englischen Ultimatus) erwidert. Aber die folgenden Punkte der englischen Regierung sind sehr wichtig. Rückzug der ägyptischen Truppenteile und Offiziere aus dem Sudan, Bewässerung eines beliebigen großen Gebietes bei Gezireh durch die Regierung des Sudans (Punkt 5 des englischen Ultimatus), Rückführung der ägyptischen Propaganda (Punkt 6-7) der Note. Die ägyptische Regierung lehnt die Verantwortung für den Wort ab, aber soweit es sich

## Graf Westarp über die auswärtige Politik.

In einer deutschnationalen Wahlversammlung in Lübeck ging Graf Westarp auf die Ausführungen ein, die Dr. Stresemann in Dortmund gemacht hat und in denen er für die auswärtige Politik die Parole: „Nationale Realpolitik“ auszusprechen habe. Er wachte sich gegen die Verwirrung, die deutschnationalen Politik würde sich eine Macht vor, die wir nicht besitzen. Er sei zu gewiss, daß die von Stresemann geführte Politik sich von allen Nationen der passivsten Demokratie genähert fernhalte. „Stärkere Zweifel seien noch Herrn Marx gegenüber berechtigt. Auch das bisherige Kabinett habe Außenpolitik getrieben.

Das Schandurteil gegen den General von Nathusius sei kein vereinzelter Fall, sondern nur das Glied einer fortlaufenden Kette von Haß und Schmach. Ausländische Pressestimmen rechnen ernstlich damit, daß die Engländer noch lange in Köln bleiben müssen, weil die Franzosen das Nachgebot nicht räumen würden, sowie daß die Nennung entgegen der Vorrede Zusage von der notwendigen Militärkontrolle abgemacht werden solle. Die Zögenen Einfuhrabgabe werde die deutsche Ausfuhr und Hilfe das ganze Danneabkommen in Frage.

Mit solchen Aussagen erreiche man gegen diese Gefahren gar nichts, nur mit einer nicht befähigenden festen Politik. Um sie zu erreichen, wollten die Deutschnationalen in die Regierung.

„Auf eine sichere Bereitwilligkeit der Mittelparteien, mit uns nach dem lebenden Dezember die Regierung zu bilden, können wir nicht rechnen. An der Generalkonferenz gegen eine Delegationserweiterung nach rechts, die März im Oktober an den Tag gelegt hat, hält er noch heute fest.

Weder in vertraulichen Besprechungen, noch in irgendeiner öffentlichen Erklärung habe ich erkennen lassen, daß die Nationalsozialisten zum Eintritt in die Regierung aufzufordern werden sollen. Nach ihrer ganzen Haltung wäre das eine Utopie, und mit einer solchen Arbeit ich nicht.“ ... Auch die Deutschnationalen Volkspartei werde am lebenden Dezember nur dann in eine schwachwichtige Regierung einmünden, wenn die Mehrheitsverhältnisse das unabweislich machen.

## Von Nathusius begnadigt.

Die Begnadigung des Generals v. Nathusius ist gestern im Verlaufe einer Besprechung zwischen Heriot, Tollet und dem Präsidenten der Republik endgültig beschlossen worden. Das diesbezügliche Dekret ist inzwischen bereits unterzeichnet. Beinh General Nathusius die Begnadigung ab? Der Verteidiger des Generals von Nathusius, Reichsanwalt Klotzel, ist gestern in Paris getroffen. Er soll erklärt haben, General von

